

K U R Z B E R I C H T E

Redaktionsschluss: 7. Oktober 2005

Positive Ertragsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute setzt sich auch im zweiten Quartal 2005 fort

Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute¹ im ersten Halbjahr 2005

Margarita Schandl-Greyer

Die Betriebserträge stiegen im ersten Halbjahr 2005 mit 6,3% auf 7,54 Mrd EUR, die Betriebsaufwendungen erhöhten sich etwas schwächer und zwar um 3,4% auf 4,83 Mrd EUR. Die Cost-Income-Ratio konnte in den ersten zwei Quartalen 2005 im Vorjahresvergleich um 1,8 Prozentpunkte deutlich verbessert werden und betrug 64,1%.

Im ersten Halbjahr 2005 meldeten die in Österreich tätigen Kreditinstitute eine leichte Steigerung des Nettozinsersatzes um 0,5% auf 3,55 Mrd EUR. Dennoch verringerte sich die Relation Nettozinsersatz zu den gesamten Betriebserträgen mit 2,7 Prozentpunkten sehr markant und lag zum Berichtszeitpunkt bei 47,1%. Das bedeutet, dass weniger als die Hälfte der Betriebserträge aus dem traditionellen Bankgeschäft lukriert wird. Im ersten Halbjahr 2005 betrug der Total Spread² 1,14% und reduzierte sich damit gegenüber der Vergleichsperiode 2004 (1,22%). Diese Entwicklung lässt sich auch aus den Daten der EZB-Zinssatzstatistik herleiten. Die dort beobachtete Spanne im Neugeschäft sank zwischen Juni 2004 und Juni 2005 um 0,19 Prozentpunkte.

Die Erträge aus dem Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft beliefen sich

in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 auf 1,13 Mrd EUR und lagen mit 13,6% klar über dem Wert der Vergleichsperiode 2004. Die tiefere Analyse zeigt, dass dies überwiegend auf die Erhöhung der Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen zurückzuführen ist. Dabei sind mehrheitlich die Erträge aus Beteiligungen an inländischen verbundenen Unternehmen angestiegen.³

Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft betrug 1,90 Mrd EUR und lag mit 13,9% deutlich über dem Wert der Vergleichsperiode 2004. Mehr als die Hälfte der Steigerungen der Betriebserträge kann im ersten Halbjahr 2005 damit begründet werden. Dabei ist die Erhöhung der Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft besonders hervorzuheben. Als Ursache dafür ist der anhaltende Börsenboom und der Trend zu höher rentierenden Veranlagungsformen (Wertpapiere und Investmentfonds) anzuführen. Daraus resultierend erhöhte sich die Relation Saldo aus dem Provisionsgeschäft zu den gesamten Betriebserträgen gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 1,7 Prozentpunkte und betrug 25,3%.

Der Saldo aus Finanzgeschäften belief sich auf 0,33 Mrd EUR und erhöhte sich um 7,7% sichtbar. Einer-

¹ Der vorliegende Bericht basiert auf Daten der Quartalsberichtsmeldung gemäß § 74 Abs. 2 BWG sowie der Quartalsberichts-Verordnung zum Berichtstermin erstes Halbjahr 2005. In dieser Meldung werden die Ertragsdaten auf unkonsolidierter Basis erfasst.

² Im Rahmen der Total-Spread-Berechnung werden sämtliche verzinste Aktiva mit den verzinnten Passiva verglichen. Die daraus resultierende Zinsspanne wird um den Endowment-Effekt korrigiert. Es ist darauf hinzuweisen, dass bei dieser Methode die unterschiedlichen Laufzeitstrukturen auf der Aktiv- und Passivseite keine Berücksichtigung finden.

³ Dabei konnten zum Berichtstermin erstes Halbjahr 2005 auch Ertragssteigerungen beobachtet werden, die aus Bankverflechtungen entstanden sind, sodass es zu Doppelzählungen kam.

seits konnte der Saldo aus Geschäften in Wertpapieren, die nicht wie Finanzanlagen bewertet werden und Teil des Handelsbestands sind, deutlich gesteigert werden. Andererseits reduzierten sich der Saldo aus sonstigen Finanzgeschäften und der Saldo aus dem Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen stiegen im ersten Halbjahr 2005 um +3,9% auf 4,04 Mrd EUR. Die Personalaufwendungen erhöhten sich dabei um 1,5% auf 2,42 Mrd EUR. Die Relation Personalaufwand zu den gesamten Betriebsaufwendungen reduzierte sich um 0,9 Prozentpunkte auf 50,1%. Der Sachaufwand belief sich auf 1,63 Mrd EUR und stieg um 7,5%. Daraus resultierend erhöhte sich die Relation Sachaufwand an den gesamten Betriebsaufwendungen mit 1,3 Prozentpunkten auf 33,7%.

Die in Österreich tätigen Kreditinstitute erwarten für das gesamte Geschäftsjahr 2005 ein unkonsolidiertes Betriebsergebnis von 5,10 Mrd EUR, das um 13,3% über dem Wert der Vergleichsperiode 2004 liegt. Der Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit 1,61 Mrd EUR um 7,0% unter dem geschätzten Wert

der Vergleichsperiode 2004 angesetzt. Für das Jahr 2005 wird mit einem ertragswirksamen Saldo aus der Bewertung von Wertpapieren und Beteiligungen in Höhe von 0,10 Mrd EUR gerechnet (Vergleichsperiode 2004: 0,58 Mrd EUR).

Nach Berücksichtigung der Risikokosten und Bewertungsmaßnahmen ergibt sich ein erwartetes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit auf unkonsolidierter Basis von 3,60 Mrd EUR, das mit 7,2% weit über dem erwarteten Wert der Vergleichsperiode 2004 liegt (3,35 Mrd EUR). Für das Jahr 2005 wird mit einem außerordentlichen Aufwand von 0,22 Mrd EUR gerechnet, der deutlich über dem erwarteten Wert der Vergleichsperiode 2004 liegt (0,09 Mrd EUR). Die erwarteten Steuern betragen 0,47 Mrd EUR (2004: 0,44 Mrd EUR). Daraus resultierend erwarten die in Österreich tätigen Kreditinstitute für das gesamte Jahr 2005 einen unkonsolidierten Jahresüberschuss von 2,91 Mrd EUR, der mit 3,1% über dem entsprechenden Vergleichswert des Jahres 2004 (2,82 Mrd EUR), aber auch klar über dem geschätzten Wert der ersten Quartalsmeldung 2005 (2,67 Mrd EUR) liegt.

Neu vereinbarte Zinssätze für Kredite in Österreich auch im zweiten Quartal 2005 rückläufig

Entwicklungen der Bankzinssätze in Österreich und im Euroraum

Obwohl die Europäische Zentralbank (EZB) nun bereits seit zwei Jahren keine zinspolitischen Impulse gesetzt hat, gab es im zweiten Quartal 2005 bei den Kundenzinssätzen der Banken in Österreich (wie auch im Zwischenbankbereich) im Neugeschäft weiterhin Rückgänge zu beobachten.

Die stärksten Rückgänge erfolgten dabei im Konsumkreditbereich. Der entsprechende Durchschnittszinssatz über sämtliche neu vereinbarten Kredite mit privaten Haushalten für Konsumzwecke sank zwischen März und Juni 2005 nominell um 0,15 Prozentpunkte auf den historischen

Gunther Swoboda

Tiefststand von 4,88%, was gegenüber dem Vergleichswert des Jahres 2004 einem Rückgang von 0,35 Prozentpunkten entsprach. Auch effektiv gesehen (unter Einbeziehung sämtlicher Gebühren) wurde mit durchschnittlich 5,75% der niedrigste Wert seit der Erhebung von Zinssätzen ermittelt. Ein Vergleich mit den durchschnittlich im gesamten Euroraum ermittelten Zinssätzen (Juni 2005: 6,91% nominell bzw. 7,72% effektiv) ergab einen deutlichen Vorteil für Österreichs private Haushalte. Ein wesentlicher Grund für diesen Umstand war allerdings, dass in Österreich der überwiegende Teil des Neugeschäfts (Juni 2005: rund 84%) mit variabel oder nur bis zu einem Jahr fix vereinbarten Zinssätzen abgeschlossen wurde. Im Euroraum hingegen wurden in diesem Kreditsegment die meisten Kontrakte (rund 75% des Neugeschäft-Volumens) mit Fixzinsbindung von mehr als einem Jahr abgeschlossen.

Auch in den übrigen Kreditkategorien des Neugeschäfts zeigten die Zinssätze in Österreich im zweiten Quartal 2005 rückläufige Tendenzen. Den stärksten Rückgang gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres (-0,39 Prozentpunkte) gab es bei Zinssätzen für Wohnbaukredite, die insbesondere durch Aktionen von Bausparkassen im Zwischenfinanzierungsbereich auf 3,54% im Juni 2005 sanken und damit ebenfalls den Vergleichswert im Euroraum (3,64%) unterschritten.

Bei Fremdwährungskrediten setzte sich der Rückgang des relativen Zinsvorteils der Kredite in Schweizer Franken (CHF-Kredite) gegenüber dem Euro-Kredit in Österreich weiter fort. Der entsprechende Durchschnittszinssatz für das Neugeschäft bei Unternehmen und privaten Haushalten blieb bei

CHF-Krediten im zweiten Quartal 2005 unverändert bei 1,88%, der vergleichbare Durchschnittszinssatz für alle neu vergebenen Euro-Kredite sank zwischen März und Juni 2005 hingegen um 0,05 Prozentpunkte auf 3,2%. Im Lauf der letzten zwölf Monate sank der relative Zinsvorteil von CHF-Krediten gegenüber dem Euro-Kredit somit von 1,73 Prozentpunkten auf 1,34 Prozentpunkte.

Bei den Einlagenzinssätzen mussten die privaten Haushalte beim Neugeschäft im zweiten Quartal 2005 (bei Einlagen mit mehr als einem Jahr Laufzeit) Reduktionen in Kauf nehmen. Je nach Bindungsfrist befanden sich bei neu vereinbarten Einlagen die Zinssätze im Juni 2005 um 0,06 Prozentpunkte (bei ein bis zwei Jahren Bindungsfrist) bzw. 0,07 Prozentpunkte (bei über zwei Jahren Bindungsfrist) unter den durchschnittlich im März 2004 verrechneten Konditionen bei 2,09% bzw. 2,74%. Im Vergleich zum Durchschnittszinssatz für den gesamten Euroraum (2,20%) lag der Zinssatz in Österreich bei einer Bindungsfrist von mehr als zwei Jahren im Juni 2005 deutlich höher. Ein Hauptgrund dürfte die nach wie vor in Österreich vergleichsweise große Bedeutung von Spareinlagen sein. Insbesondere die relativ gut verzinsten Kapitalsparbücher mit längerer Bindungsfrist beeinflussten das Österreich-Ergebnis positiv. Bei einer Bindungsfrist von ein bis zwei Jahren waren die Einlagenzinssätze hingegen im Euroraum im Durchschnitt mit 2,21% etwas höher als in Österreich (2,09%). Bei Zinssätzen mit einer Bindungsfrist von bis zu einem Jahr gab es in Österreich im zweiten Quartal nur eine marginale Veränderung (+0,01 Prozentpunkte). Der in Österreich ermittelte Durchschnittszinssatz von 1,95% entsprach jenem,

der sich im Durchschnitt für den Euroraum errechnete.

Auch die neu vergebenen Zinssätze an Unternehmen, die nahezu ausschließlich mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr vereinbart wurden,

veränderten sich im zweiten Quartal 2005 in Österreich kaum ($-0,02$ Prozentpunkte). Mit $2,02\%$ war auch hier der Zinssatz im Juni 2005 fast ident mit jenem des Euroraums ($2,03\%$).

Österreichs Außenhandel in guter Nachbarschaft

Zahlungsbilanz im ersten Halbjahr 2005

Österreichs Leistungsbilanzüberschuss lag im ersten Halbjahr 2005 gegenüber der Vergleichsperiode 2004 nahezu unverändert bei $2,1$ Mrd EUR. Etwa 60% des Außenhandels entfielen auf die Länder des Euroraums, aber auch Österreichs neue EU-Nachbarn nahmen als Handelspartner eine herausragende Stellung ein. Der Dienstleistungsüberschuss in Höhe von $2,3$ Mrd EUR basierte neuerlich auf einem hohen Reiseverkehrssaldo.

Österreichs Leistungsbilanz erreichte im ersten Halbjahr 2005 einen Überschuss von $2,1$ Mrd EUR und zeigte damit hohe Übereinstimmung mit vorläufigen Berechnungen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vom August 2005. Die Güterexporte lagen mit $45,8$ Mrd EUR um $2,1$ Mrd EUR über den Einfuhren, wobei etwa 60% der grenzüberschreitenden Gütertransaktionen mit dem Euroraum abgewickelt wurden. Von großer Bedeutung waren auch die an Österreich grenzenden neuen EU-Mitgliedstaaten, die für fast 10% des gesamten Handelsvolumens stehen. Eine künftige Ausweitung des Euroraums auf diese Länder würde demnach durch den Wegfall von Währungsschwankungen für die österreichische Außenwirtschaft beträchtliche Vorteile bringen. Die Maschinen- und Fahrzeugindustrie stellte mit einem Anteil von etwa 40% die mit Abstand wichtigste Warengruppe für den österreichischen

Außenhandel dar. Nahezu unverändert zeigte sich der Überschuss aus grenzüberschreitenden Dienstleistungen in Höhe von $2,3$ Mrd EUR, der vor allem auf dem neuerlich hohen Reiseverkehrssaldo von $3,1$ Mrd EUR basierte.

Das Nettodefizit in der Einkommensbilanz in Höhe von $1,1$ Mrd EUR entsprach dem Vergleichswert 2004 und wurde hauptsächlich durch Nettoabgänge aus grenzüberschreitenden Wertpapiererträgen bestimmt ($-1,3$ Mrd EUR). Defizitär waren auch Einkommen aus Direktinvestitionen, die netto $-0,2$ Mrd EUR ergaben, während Einkommen aus Sonstigen Investitionen (vor allem Kredite und Einlagen) mit $0,2$ Mrd EUR im Plus lagen.

Weiterhin sehr gefragt waren ausländische Wertpapiere, deren Nettoerwerb von $30,6$ Mrd EUR den Wert des gesamten Jahres 2004 ($26,7$ Mrd EUR) bereits übertroffen hat. Knapp 60% der Nettokäufe entfielen auf langfristige Rentenpapiere, 7% auf Anteilspapiere und rund ein Drittel auf Geldmarkttitel, deren Volumen sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2004 fast verdoppelte. Gestiegen ist auch die Nachfrage nach österreichischen Wertpapieren, die im Umfang von netto $25,2$ Mrd EUR an das Ausland verkauft wurden (2004: $21,4$ Mrd EUR). Mit $3,1$ Mrd EUR lagen inländische Anteilscheine, deren Absatz um die

Matthias Fuchs

Hälfte gestiegen ist, bei ausländischen Käufern weiter im Trend. Merkbare Zuwächse verzeichneten auch langfristige Rentenpapiere, aus deren Verkauf 20,3 Mrd EUR aufgebracht wurden.

Österreichische Neuinvestitionen in Unternehmensbeteiligungen im Ausland lagen im ersten Halbjahr 2005 mit brutto 3,5 Mrd EUR um ein Viertel unter dem Vergleichswert 2004. Infolge deutlich geringerer Beteiligungsaufösungen floss jedoch mit netto 2,8 Mrd EUR mehr Kapital ins Ausland als in der Vergleichsperiode

2004 (2,2 Mrd EUR). Ähnlich verhielten sich ausländische Direktinvestoren, deren höhere Nettobeteiligungen von 3,1 Mrd EUR vorwiegend durch geringere Desinvestitionen und nur in zweiter Linie durch höhere Neuveranlagungen bestimmt wurden.

Der Bereich Sonstige Investitionen, der das grenzüberschreitende Kredit- und Einlagengeschäft der Banken abbildet, wies Nettokapitalzuflüsse von 2,6 Mrd EUR auf.

Die offiziellen Währungsreserven nahmen transaktionsbedingt um 0,5 Mrd EUR ab.

Starker ATX erhöht Österreichs Auslandsverpflichtungen

Internationale Vermögensposition Österreichs im Jahr 2004

Matthias Fuchs

Der Höhenflug inländischer Aktien im Jahr 2004 trug maßgeblich zur Ausweitung des österreichischen Verpflichtungsbestands im Ausland bei. Internationale Anleger investierten knapp 6 Mrd EUR in inländische Anteilscheine und verbuchten Kursgewinne von 6,8 Mrd EUR. Die österreichische Volkswirtschaft trat gegenüber dem Rest der Welt als Nettoschuldner im Umfang von rund 34 Mrd EUR auf.

Österreich wies zum 31. Dezember 2004 gegenüber dem Ausland marktbewertete Nettoverpflichtungen in Höhe von 33,9 Mrd EUR auf (2003: -29,5 Mrd EUR). Einem Auslandsvermögen von 402,6 Mrd EUR standen Bruttoverbindlichkeiten von 436,5 Mrd EUR gegenüber.

Die Internationalisierungsquote, die den Wert der österreichischen Vermögens- und Verpflichtungsbestände relativ zum BIP ausweist und als Kenngröße für die finanzwirtschaftliche Integration einer Volkswirtschaft interpretiert wird, erreichte 354% und damit um rund

32 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2003.

Österreichs Finanzvermögen im Ausland war zu knapp 48% in Wertpapiere, zu 13% in Direktinvestitionen und zu 37% in Kredite und Einlagen investiert. Wertpapiere gewannen damit innerhalb der vergangenen fünf Jahre spürbar an Bedeutung (1999: 40%). Das Vermögen an ausländischen Aktien und Investmentzertifikaten, das zum Berichtsstichtag mit 40,2 Mrd EUR um 5,3 Mrd EUR über jenem des Jahres 2003 lag, reflektiert die durchwegs positive Entwicklung der internationalen Finanzmärkte im Jahr 2004. Etwa die Hälfte dieses Zuwachses ist Kursgewinnen zuzurechnen. Gleichzeitig hatte der Wechselkurseffekt – ein knappes Drittel der Anteilscheine wurde in US-Dollar gehalten – bewertungsbedingte Einbußen im Ausmaß von rund 0,9 Mrd EUR zur Folge. Der Aufbau des festverzinslichen Wertpapiervermögens erfolgte zu 23,6 Mrd EUR transaktionsbedingt und zu knapp 1 Mrd EUR aus Bewertungseffekten.

Der Bereich Sonstige Investitionen zeigte zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2004 Forderungen aus Krediten in Höhe von 86,6 Mrd EUR (2003: 80,2 Mrd EUR) sowie aus Einlagen in Höhe von 48,6 Mrd EUR (2003: 39,1 Mrd EUR). Inländische Banken vergaben grenzüberschreitende Kredite in Höhe von rund 5 Mrd EUR und verzeichneten wechselkursbedingte Bewertungsverluste von rund 1 Mrd EUR. Das Einlagengeschäft der Banken war neben dem Euro, dessen Anteil zwei Drittel ausmachte, auf den US-Dollar konzentriert (13%). Diese Währungsdiversifikation, die auch den Schweizer Franken (6%), den japanischen Yen (4%) sowie das Pfund Sterling (3%) umfasste, ergab Wechselkursverluste von 0,4 Mrd EUR oder 1% des Vermögensbestands 2004.

Österreichs Auslandsverpflichtungen, die fast zu 60% auf Wertpapiere, zu knapp einem Drittel auf Kredite und Einlagen sowie zu 11% auf ausländische Direktinvestitionen entfielen, wurden 2004 entscheidend durch den Höhenflug des ATX (+57%) beeinflusst. Ausländische Anleger, deren Vermögen aus Anteilscheinen zum Berichtsstichtag 33,2 Mrd EUR ausmachte, erwarben inländische Aktien und Investmentzertifikate im Umfang von 5,9 Mrd EUR und erzielten gleichzeitig 6,8 Mrd EUR aus Kursgewinnen. Österreichs Verpflichtungen aus festverzinslichen Wertpapieren, die zur Hälfte auf den Staat und zu 39% auf Banken entfielen, lagen mit 222,9 Mrd EUR um rund 10% über dem Vergleichswert 2003, wobei 20,7 Mrd EUR aus dem Absatz und

2,6 Mrd EUR aus Kursgewinnen resultierten. Fremdwährungsemissionen (vor allem in US-Dollar und japanischen Yen) reduzierten die Verpflichtungsposition aus Rentenwerten wechselkursbedingt um 2,1 Mrd EUR.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass 70% der von ausländischen Investoren aus der Veranlagung in inländische Wertpapiere lukrierten Kursgewinne aus Anteilscheinen stammten, obwohl diese nur für 13% des gesamten Wertpapiervolumens stehen.

Der Verpflichtungsbestand Österreichs aus Einlagen in Höhe von 91,6 Mrd EUR wurde im Ausmaß von 17,8 Mrd EUR transaktionsbedingt aufgebaut. Der hohe Fremdwährungsanteil an den Einlagenverpflichtungen des Bankensektors – knapp ein Drittel wurde in US-Dollar sowie 14% in Schweizer Franken gehalten – führte zu einer wechselkursbedingten Abwertung um 2,1 Mrd EUR.

Gemäß internationaler Konvention enthält das Aggregat „Direktinvestitionen“ in der Internationalen Vermögensposition (IVP) sowohl strategische Unternehmensbeteiligungen als auch Grundstücksbesitz. Ausländische Anleger hielten Ende 2004 österreichische Unternehmensbeteiligungen in Höhe von 46,0 Mrd EUR und Grundstücke im Wert von 2,7 Mrd EUR.

Eine ausführliche Analyse der IVP Österreichs im Jahr 2004 wird im November in einem Sonderheft der Reihe „Statistiken – Daten & Analysen“ publiziert.

Unternehmen weiter auf Einkaufstour

Direktinvestitionsstatistik im ersten Halbjahr 2005

René Dell'mour

Auch wenn die Statistik der Direktinvestitionen für das Jahr 2005 keine neuen Rekorde erwarten lässt, stehen grenzüberschreitende Firmenbeteiligungen weiter auf der Tagesordnung inländischer wie ausländischer Unternehmen. Betragsmäßig überwiegen die eingehenden Kapitalströme, anzahlmäßig jedoch liegen die aktiven Direktinvestitionen klar voran. Das Interesse der inländischen Investoren richtete sich im Jahr 2005, anders als in jüngster Vergangenheit, auf Deutschland, die Schweiz und die EU-Kandidatenländer Bulgarien, Kroatien und Rumänien, während die bestehenden Tochterunternehmen in den neuen Mitgliedstaaten vorwiegend durch reinvestierte Gewinne zulegen konnten und keine frischen Mittel zugeschossen wurden. Auf der Passivseite bestätigt Deutschland seine Position als dominierender Investor, wobei das anhaltend starke Interesse an Immobilien erwähnenswert ist.

Die aktiven Direktinvestitionen erreichten in den ersten sechs Monaten 2005 einen Wert von 2,8 Mrd EUR (+670 Mio EUR bzw. +31% gegenüber dem Vergleichszeitraum 2004). Die darin enthaltenen privaten Liegenschaftskäufe beliefen sich auf netto 220 Mio EUR. Bruttoinvestitionen von 2.560 Mio EUR an Eigenkapital standen Desinvestitionen von 600 Mio EUR gegenüber. Trotz hoher Gewinnausschüttungen bleiben die reinvestierten Gewinne dank der erwarteten guten Ertragslage mit 870 Mio EUR hoch. Konzerninterne Kreditbeziehungen spielten im Berichtszeitraum keine Rolle.

Die Regionalgliederung der aktiven Direktinvestitionen weicht vom Muster der vergangenen Jahre deut-

lich ab. Wichtigstes Investitionsziel war im ersten Halbjahr 2005 nämlich Deutschland (830 Mio EUR) vor der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (jeweils mehr als 200 Mio EUR). In Zentral- und Osteuropa konzentrieren sich die Investitionen auf die EU-Kandidatenländer. Spitzenreiter ist zwar Russland mit 190 Mio EUR, es folgen aber Rumänien (140 Mio EUR) und nach dem EU-Mitglied Slowenien (130 Mio EUR), die Kandidaten Bulgarien (120 Mio EUR) und Kroatien (90 Mio EUR). In den traditionellen Zielländern Österreichs (Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakische Republik) gab es im Jahresverlauf 2005 noch keine neuen Großprojekte, die Erweiterungen wurden vorwiegend über die Reinvestition erzielter Gewinne vorgenommen.

Die Investitionen des ersten Halbjahres waren sehr vielfältig. 200 Investoren haben jeweils mehr als 1 Mio EUR an Beteiligungskapital für Auslandsprojekte bereitgestellt. Gemessen am veranlagten Kapital dominiert weiterhin der Finanzsektor das Geschehen, wobei sowohl Banken als auch Versicherungen ihr Engagement ausgeweitet haben.

Die passiven Direktinvestitionen erreichten mit 3,1 Mrd EUR beinahe den Rekordwert des ersten Semesters 2003. Im Vergleich zum Vorjahressemester ergibt sich eine Zunahme um 1,4 Mrd EUR bzw. +79%. Ausschlaggebend war der hohe Eigenkapitalzustrom von nahezu 3 Mrd EUR, dem kaum Desinvestitionen entgegenstanden. Anhaltend hoch ist dabei das Interesse des Auslands an österreichischen Liegenschaften

(210 Mio EUR). Ein wichtiges Finanzierungsinstrument ausländischer Direktinvestitionen sind weiterhin die reinvestierten Gewinne, die 620 Mio EUR zum Ergebnis beitrugen. Die Finanzierung mittels konzerninterner Kredite ist um 190 Mio EUR zurückgegangen, was die Direktinvestitionsbestände reduziert.

Der wichtigste Investor war wie fast immer Deutschland. Mit einem Volumen von 2,4 Mrd EUR bzw. einem Anteil von 77% war die deutsche Dominanz in der Berichtsperiode jedoch außerordentlich stark. Mit sehr großem Abstand folgen die USA (290 Mio EUR) und das Vereinigte Königreich (160 Mio EUR). Auf diese drei Herkunftsländer entfallen im ersten Halbjahr 2005 mehr als 90% des Kapitalzustroms. Die stärkere Kon-

zentration der passiven Direktinvestitionen lässt sich auch an der geringeren Zahl an Projekten ablesen. Trotz des höheren investierten Gesamtvolumens war die Anzahl der Investitionen über jeweils 1 Mio EUR mit 100 etwa nur halb so hoch wie auf der Aktivseite. Die in den Medien ausführlich behandelte Übernahme der HypoVereinsbank (HVB), der Mutter der Bank Austria Creditanstalt (BA-CA), durch die italienische UniCredit hat sich erwartungsgemäß in der österreichischen Zahlungsbilanzstatistik bislang nicht niedergeschlagen, da österreichische Firmen nicht unmittelbar betroffen sind. Erst im Zuge allfälliger Umstrukturierungen bzw. in einer künftigen Bestandsstatistik könnten sich Verschiebungen ergeben.

Soeben erschienen...

Sonderheft STATISTIKEN – Direktinvestitionen 2003

*Österreichische Direktinvestitionen im Ausland
und ausländische Direktinvestitionen in Österreich*

Schon lange beschäftigt sich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) mit dem Thema Direktinvestitionen. Zunächst stand der ausländische Einfluss auf die österreichische Volkswirtschaft im Vordergrund, doch schon in den Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts widmete man sich erstmals auch dem Thema österreichischer Direktinvestitionen im Ausland. Seit 1989 werden beide Seiten des Phänomens alljährlich durch Befragungen erfasst und veröffentlicht. Erstmals erfolgt nunmehr die Präsentation der Ergebnisse – entsprechend dem neuen Publikationskonzept der OeNB – in Form eines „Sonderhefts“. Es umfasst

sowohl einen kurzen textlichen Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse aus der jüngsten Erhebung der OeNB zum Stand der Direktinvestitionen als auch einen ausführlichen Tabellenteil, in dem die Daten – vorwiegend nach Ländern bzw. Branchen gegliedert – vorgestellt werden. Das Sonderheft ersetzt damit zum einen die Serie der veröffentlichten Artikel in „Berichte und Studien“ und zum anderen die üblicherweise in Heft 6 der „Statistischen Monatshefte“ erschienene Beilage. Diese Publikation ist auch auf der OeNB-Homepage unter *statistik.oenb.at* verfügbar.

Rene Dell'mour

Hoher Vermögensaufbau des privaten Sektors im ersten Halbjahr 2005

Quartalsergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung¹

Michael Andreasch

Finanzierungsüberschuss des privaten Sektors betrug 7,6 Mrd EUR im ersten Halbjahr 2005

Der private Sektor (nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck) zeigte im zweiten Quartal 2005 eine um 2,5 Mrd EUR höhere Geldkapitalbildung als zusätzliche Verpflichtungen in diesem Sektor aufgebaut wurden. Damit fiel der Finanzierungsüberschuss im ersten Halbjahr 2005 fast doppelt so hoch aus als jener im ersten Halbjahr 2004.

Treibende Kraft hinter dieser Expansion waren die privaten Haushalte, die eine Geldvermögensbildung von 11,5 Mrd EUR bei einer gleichzeitigen Neuverschuldung von 3,9 Mrd EUR verzeichneten. Der Finanzierungssaldo der Unternehmen war über das gesamte erste Halbjahr 2005 betrachtet ausgeglichen.

Der private Sektor lieferte damit einen wesentlichen Beitrag zum Nettokapitalabfluss (entweder direkt oder über den inländischen Finanzsektor) an das Ausland. Die finanziellen Transaktionen des privaten Sektors erfolgten vor dem Hintergrund moderater Zuwächse beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sowie einem schwachen Wachstum der Inlandsnachfrage des privaten Sektors.

Private Haushalte² veranlagen stark in Wertpapieremissionen und erhöhen ihre private Vorsorge aus Lebensversicherungen und Privatpensionen

Die privaten Haushalte investierten im ersten Halbjahr 2005 mit 11,5 Mrd EUR um rund 18% mehr in zusätzliche Finanzanlagen als im ersten Halbjahr 2004 (9,7 Mrd EUR).

Sie erhöhten ihre Einlagen und Bargeldbestände um 3,3 Mrd EUR, wobei der größte Zuwachs auf die Erhöhung der Sichteinlagen zurückzuführen ist.

So wie im ersten Quartal veranlagen auch im zweiten Quartal 2005 die privaten Haushalte mehr als ein Drittel der Geldkapitalbildung in handelbare Wertpapiere. Im ersten Halbjahr 2005 betrug der Nettoerwerb 4 Mrd EUR, womit Wertpapierinvestitionen die Struktur der Geldvermögensbildung schon seit dem vierten Quartal 2003 nachhaltig beeinflussen. Die starke Nachfrage nach KEST-befreiten Wohnbauanleihen machte die Hälfte der Investitionen in festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 860 Mio EUR aus. Private Investoren erwarben, primär aus Kapitalaufstockungen und Börsenplatzierungen, im ersten Halbjahr 2005 auch börsennotierte Aktien mit einem Transaktionswert von 1,6 Mrd EUR; rund 670 Mio EUR entfielen davon auf Immobilienaktien. Ebenso war das Interesse an Investmentzertifikaten, insbesondere an Rentenfonds,

¹ Redaktionsschluss: 30. September 2005.

² Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

mit einem Nettoerwerb von 1,6 Mio EUR anhaltend hoch. Zum 30. Juni 2005 besaßen private Haushalte 30% der von inländischen Fonds emittierten Investmentzertifikate.

In den ersten beiden Quartalen 2005 wird die seit einigen Jahren zunehmende Bedeutung der privaten Pensionsvorsorge in der Geldvermögensbildung besonders sichtbar. Die Ansprüche gegenüber Versicherungen und Pensionskassen stiegen in diesem Zeitraum um insgesamt 4,1 Mrd EUR; davon entfielen auf zusätzliche Ansprüche aus Lebensversicherungen 3 Mrd EUR und gegenüber Pensionskassen 450 Mio EUR. Die Erhöhung der Ansprüche der privaten Haushalte gegenüber Lebensversicherungen und Pensionskassen machte damit 30% der gesamten neuen Finanzinvestitionen der österreichischen Haushalte aus; die entsprechenden Forderungen erreichten Ende Juni 2005 einen Wert von 62,5 Mrd EUR, der knapp weniger als ein Fünftel des gesamten Geldvermögens darstellte.

Zur Jahresmitte 2005 hatten die Österreicher ein Geldvermögen in Höhe von 345,3 Mrd EUR, das in den ersten sechs Monaten um 4,7% anstieg. Wie schon in den Jahren 2003 und 2004 trug auch im ersten Halbjahr 2005 die positive Performance von Aktien und Investmentzertifikaten durch Kurssteigerungen in Höhe von 4 Mrd EUR zur Erhöhung des Geldvermögens bei.

Während die Geldvermögensbildung zwischen Jänner und Juni 2005 im Vergleich zum ersten Halbjahr 2004 stark zunahm, blieb der Finanzierungsbedarf mit einer Neuverschuldung in Höhe von 3,9 Mrd EUR gleich. Die Wohnbaukredite wurden um 2,0 Mrd EUR und die Konsumkredite um 1,3 Mrd EUR durch private Haushalte aufgestockt. Die Kreditver-

schuldung der privaten Haushalte stieg seit Jahresanfang 2005 um weniger als 3,5% auf 123,5 Mrd EUR. Die Nettovermögensposition aus Finanztiteln erreichte zur Jahresmitte 2005 einen Wert von 221,8 Mrd EUR.

Ausgeglichener Finanzierungssaldo der Unternehmen im ersten Halbjahr 2005

Die nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften nahmen Finanzmittel in Höhe von 3,4 Mrd EUR auf. Insgesamt stieg der Finanzierungsbedarf im ersten Halbjahr auf 8,9 Mrd EUR. Die Fremdfinanzierung erfolgte in den ersten sechs Monaten mit 2,1 Mrd EUR durch zusätzliche Kreditaufnahmen und mit 1,4 Mrd EUR durch Emissionen von kurz- und langfristigen Wertpapieren. Die Eigenkapitalfinanzierung in Höhe von 3,9 Mrd EUR deckte 44% des gesamten Kapitalbedarfs ab.

Die Verpflichtungsposition der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften betrug zum 30. Juni 2005 332,8 Mrd EUR. Die Erhöhung gegenüber dem Jahresultimo 2004 um 17,6 Mrd EUR (+5,6%) ist zu gleichen Teilen auf Neuverschuldung und Preiseffekte zurückzuführen. Das Verhältnis der Schulden aus Krediten, Wertpapieren und sonstigen Verpflichtungen zur Eigenkapitalfinanzierung betrug 140% und ist kontinuierlich rückläufig, nicht zuletzt durch die höhere Bewertung der Eigenkapitalkomponenten innerhalb der Gesamtverpflichtungen. Die Eigenkapitalquote betrug 41,7%. Die Nettovermögensposition der Unternehmen war zum 30. Juni 2005 mit 153,1 Mrd EUR negativ.

Im ersten Halbjahr 2005 entsprach die Geldvermögensbildung der Unternehmen mit 8,9 Mrd EUR dem Ausmaß der Finanzierung. Der Forderungsaufbau lag damit über den Vergleichswerten der Jahre 2001 bis

2004. Dieses starke Wachstum resultiert aus dem Ankauf von Investmentzertifikaten (2,4 Mrd EUR) sowie Aktien und zusätzlichen Beteiligungen (insgesamt um 2,2 Mrd EUR). Darüber

hinaus war auch ein kurzfristiges Parken von Finanzmitteln durch die Erhöhung von Bankeinlagen in Höhe von 1,6 Mrd EUR zu beobachten.

Neuer Quartalsindex ermöglicht bessere Analyse der Preisentwicklungen auf dem österreichischen Immobilienmarkt

Karin Wagner

Vor dem Hintergrund steigender Privatvermögen wird die Analyse der makroökonomischen Implikationen als auch der Einflüsse der Entwicklung von Vermögenspreisen zunehmend bedeutender. Die Bedeutung der Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt ist im Hinblick auf die Stabilität eines Finanzplatzes nicht zu vernachlässigen. Einerseits spielen Immobilien bei der Besicherung von Krediten eine wesentliche Rolle, andererseits werden Transaktionen von Realitäten häufig kreditfinanziert. Nicht zuletzt waren einige Finanzkrisen durch Immobilienpreissteigerungen und darauf folgende Immobilienpreistrückgänge (mit)verursacht.

Seit vielen Jahren gibt es in Österreich keinen offiziellen, regelmäßig erhobenen Preisindex für Immobilien. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) ist seit längerem bemüht, diese unerfreuliche Datensituation zu verbessern. Statistik Austria erhebt derzeit keinen Immobilienpreisindex bzw. ist eine Erhebung in absehbarer Zeit auch nicht geplant (es besteht (nur) ein Projekt zum eigentümergenutzten Wohnen im Rahmen des HVPI; diese Datenreihe ist jedoch kein eigentlicher Immobilienpreisindex). Daher wurden von der OeNB für die Analyse der Preisbewegungen auf

dem Immobilienmarkt Alternativen gesucht. Es gibt einige von diversen Maklervereinigungen erhobene Indizes (bei diesen werden meist, basierend auf einfachen Aggregationen, Durchschnittsgebildet). Die OeNB entschied sich, einen modellbasierten Ansatz zu unterstützen.

Es besteht seit einigen Jahren eine Kooperation zwischen OeNB und Technischer Universität Wien (TU Wien).¹ Den Berechnungen liegt ein Regressionsmodell mit Zeit-Dummies zugrunde. Als erklärende Variablen des Modells werden Angaben über Größe der Immobilien, Lage, Zustand des Objekts, Terrassenfläche, Baujahr, Heizung, Zimmeranzahl, Parkmöglichkeit etc. gewählt.

Die Berechnungen basieren auf Daten der A!B (Austria Immobilienbörse, eine Plattform von 17 Makleragenturen). Der Datenpool umfasst ca. 27.000 Daten (ein Drittel davon sind Preise bei Vertragsabschluss, zwei Drittel sind Angebotspreise).

Neben den bereits bestehenden Halbjahresdaten war es Ziel, zur Verbesserung der Datenlage bei Immobilienpreisen auch Quartalsdaten zur Verfügung zu haben. Diese Bemühungen mündeten im Herbst 2005 in der Erstellung bzw. erstmaligen Publikation von Quartalsdaten (beginnend

¹ Institut für Stadt- und Regionalforschung an der TU Wien.

Verhältnis von Eigentums- zu Mietpreisen



mit dem ersten Quartal 2000).² Auch bei den Quartalsreihen gibt es diverse Kategorien (jeweils für Wien und für Restösterreich: gebrauchte und neue Eigentumswohnungen, gebrauchte und neue Mietwohnungen, Häuser, Baugründe).

Im letzten Jahrzehnt kam es in Österreich zu keinen bedrohlichen bzw. systemgefährdenden Entwicklungen bei den Immobilienpreisen. Eine relativ starke Boomphase zu Beginn der Neunzigerjahre, insbesondere bei den Preisen für Baugründe und Eigentumswohnungen, und etwas schwächer ausgeprägt bei den Preisen für Wohnmieten, wurde Mitte der Neunzigerjahre von einer Phase der Abflachung des Anstiegs und einem anschließenden Preisrückgang bis Ende

des Jahrzehnts abgelöst. Seit Mitte 2001 ist jedoch wieder ein Anstieg der Preise zu verzeichnen. Der Wohnungsaufwand für Eigentumswohnungen stieg zwischen 1994 und 2004 um 18,6%, jener für Mietwohnungen stieg in diesem Zeitraum sogar um 48,3%.

Das Verhältnis von Eigentums- zu Mietpreisen kann in einem Kurs-/Gewinnverhältnis für Immobilien (house price-to-rental value ratio)³ dargestellt werden. Ein Sinken dieses Quotienten deutet nicht auf ein Sinken des Preislevels hin, sondern ist eher ein Zeichen für ein ausgeglichenes Ansteigen der Eigentumspreise und der unterstellten Mietkosten.⁴

² Diese Quartalsreihen werden im Rahmen eines Vertrags mit der TU Wien von der OeNB finanziert.

³ Leamer, E. 2002. Bubble Trouble? Your Home Has a P/E Ratio Too. UCLA Anderson Forecast. Juni.

⁴ Ein hoher p/r-Wert kann in zweierlei Situation gerechtfertigt werden: Erstens, wenn andere Vermögenswerte ebenfalls hoch bepreist sind, z. B. wenn Aktiengewinne und Hypothekarzinsen gering sind, und zweitens in Regionen, wo mit hohen Zuwächsen gerechnet werden kann und ein Preisauftrieb zu erwarten ist.

Jahresabschlusskennzahlen von Unternehmen

Reinhard Konczer

Die „Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen“ sowie die „Jahresabschlusskennzahlen internationaler Unternehmen“ mit den Daten von 2000 bis 2003 stehen seit Anfang September 2005 in deutscher und in englischer Sprache im Internet unter <http://statistik.oenb.at> Statistische Daten/Unternehmenskennzahlen und realwirtschaftliche Indikatoren/Jahresabschlusskennzahlen von Unternehmen zur Verfügung.

Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen

Die Kennzahlen werden in Kooperation zwischen der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) und der KMU-Forschung Austria erstellt. Für die Berechnung der Kennzahlen wurde eine gemeinsame Stichprobe herangezogen, die sich aus dem gesamten Datenbestand an Jahresabschlussinformationen dieser beiden Institutionen für die Jahre 2000 bis 2003 ergibt.

Derzeit können insgesamt 39 Kennzahlen nach Branchen (Abschnitte, Unterabschnitte, Sektoren und Abteilungen) und Größenklassen abgefragt werden. Die Größenklasseneinteilung erfolgt nach der Höhe des Umsatzes. Innerhalb der Umsätze wird eine Un-

terteilung nach insgesamt fünf Größenklassen vorgenommen. Die Schwellenwerte sind derzeit 1 Mio EUR, 7 Mio EUR, 40 Mio EUR und 100 Mio EUR.

Es ist zu beachten, dass in den Jahresabschlusskennzahlen österreichischer Unternehmen nicht nur die Daten von Kapitalgesellschaften, sondern auch von anderen Rechtsformen (z. B. Einzelunternehmen, Personengesellschaften etc.) enthalten sind!

Jahresabschlusskennzahlen internationaler Unternehmen

Seit Anfang September 2005 stehen insgesamt 18 Kennzahlen von Unternehmen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Portugal, Spanien und Österreich für die Jahre 2000 bis 2003 zur Verfügung. Diese Kennzahlen können nach Branchen (Abschnitte, Unterabschnitte und Abteilungen) und Größenklassen (5 Größenklassen) abgefragt werden. Die Kennzahldefinitionen wurden nach der so genannten „BACH-Systematik“ auf Basis der 4. Richtlinie des Europäischen Rats weitgehend harmonisiert.

Es ist zu beachten, dass es sich bei den internationalen Kennzahlen ausschließlich um Daten nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften handelt!